

## **Die Lohnkoordinierungsregel von IndustriAll European Trade Union**

*(verabschiedet vom 1. industriAll Europe-Exekutivausschuss*

*Luxemburg, 27.-28. November 2012)*

### **1) Das Konzept der Lohnkoordinierungsregel**

Die Lohn- und Tarifpolitik des europäischen Industriegewerkschaftsverbandes ist Teil einer europaweiten Verteilungs- und Wirtschaftspolitik, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Beschäftigten sowie auf soziale Sicherheit und Stabilität.

Die Absicht hinter der gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik ist, allen Beschäftigten die Entwicklung der Beschäftigung, gerechte Einkommen und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu gewähren. Unter Wahrung der Vielfalt der nationalen Verhandlungsmodelle soll diese Koordinierung darauf ausgerichtet sein, Mindeststandards einzuführen und schrittweise nicht nur Lohnsteigerungen und Arbeitszeitreduzierung sondern auch alle Standards in Bezug auf die Arbeitsbedingungen (nach oben) zu harmonisieren.

Die Lohnkoordinierungsregel, die den Verhandlungsspielraum definiert, ist für die tariflich vereinbarte Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen von entscheidender Bedeutung. Wenn dieser Spielraum durch Tarifpolitik gemäß der gleichen Prinzipien in allen europäischen Ländern (und insbesondere denen in der Eurozone) bestimmt und ausgeschöpft wird, dann wird Wettbewerb über Löhne und Lohndumping verhindert. Diese Prinzipien, die den Wert der Tarifvereinbarung festsetzen, müssen sowohl die Inflation als auch Produktivitätssteigerungen berücksichtigen. Die konkreten Elemente, die den Wert ausmachen – beispielsweise Steigerung der Kaufkraft durch Lohnsteigerungen, Arbeitszeitreduzierung, Altersteilzeitmodelle, Vereinbarungen zu Schulung und Qualifizierung – sind Angelegenheiten der nationalen Gewerkschaften.

### **2) Aktuelle Herausforderungen**

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist eine besondere Herausforderung für die Lohnkoordinierung der europäischen Gewerkschaften. Massive Ungleichgewichte im Außenhandel zwischen starken und schwachen Wirtschaften in der Eurozone haben diese Krise noch verschärft.

Die EU-Kommission und verschiedene nationale Regierungen in EU-Ländern - angeführt von der Merkel-Regierung – haben Defizitländer dazu verpflichtet, undurchdachte Sparpolitiken

zu verabschieden, um die Krise zu bewältigen. Diese führen zur Erosion der sozialen Systeme, zu Eingriffen in die Tarifverhandlungssysteme und zu einem massiven Absinken der Löhne. Dies ist eine ernsthafte Bedrohung für freie Tarifverhandlungen und nicht nur in den Defizitländern.

Lohneinschnitte machen zudem aus wirtschaftlicher Sicht keinerlei Sinn. Diese Strategie führt nicht zur Lösung des Problems, sondern verschärft die strukturellen Probleme in diesen Ländern. Darüber hinaus wird die Rezession auch auf andere Länder der Eurozone übergreifen.

Lohnpolitik allein verantwortlich für den Ausgleich der Ungleichgewichte wäre überfordert. Aber eine auf europäischer Ebene von den Gewerkschaften koordinierte Lohnpolitik kann ein Element darstellen, um ein soziales Europa zu schaffen. Bedingung ist, dass die Lohnkoordinierung mit Nachdruck jeglichen Lohnwettbewerb, deflationäre Lohnpolitik und Lohnkürzungen zurückweist. Deshalb muss das Instrument Lohnkoordinierungsregel aktiver genutzt werden. Anderenfalls wird die EU-Kommission ihre Politik der Lohnkürzungen – als Teil der Sparpakete - motiviert durch die sinkende Produktivität in den Defizitländern weiterführen.

Die europäische Lohnentwicklung ist nicht der Grund für die wirtschaftlichen Ungleichgewichte. Die Staaten der Eurozone haben die gemeinsame Währung mit völlig verschiedenen wirtschaftlichen Voraussetzungen und Strukturen eingeführt. Ungleichgewichte werden zudem durch den geringeren Industrialisierungsgrad und weniger effiziente industrielle Strukturen der Defizitländer gefördert. Dies ist ein weiterer Grund weshalb sich Produktivität und Lohnstückkosten dieser Länder weniger positiv entwickeln als die der Überschussländer. Es ist jedoch auch offensichtlich, dass politische Korruption und Steuerhinterziehung sowohl von Unternehmen als auch von Einzelnen wichtige Gründe für eine weniger effiziente Wirtschaft in den Defizitländern sind.

Deshalb ist es unbedingt erforderlich, dass eine gewerkschaftlich koordinierte europäische Lohnpolitik durch eine Sozial-, Industrie- und Wirtschaftspolitik begleitet wird.

### 3) Die Lohnkoordinierungsregel

Lohnkoordinierung ist eindeutig ein sehr nützliches Instrument, um die Interessen der Beschäftigten in Europa zu verteidigen. Es trägt zudem seinen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft Rechnung. Angesichts der aktuellen Herausforderungen sollte dieses Instrument jedoch weiterentwickelt werden. Als Ergebnis des Beratungsprozesses von industriAll European Trade Union und in Fortsetzung der Diskussionen in den drei EMB/EMCEF/EGV:TBL sollte die Lohnkoordinierungsregel wie folgt definiert werden:

**Wichtigster Ausgangspunkt und Kriterium für die gewerkschaftliche Lohnpolitik in allen Ländern muss es sein, die Inflationsrate auszugleichen sowie sicherzustellen, dass sich die Beteiligung der Beschäftigten an der Produktivitätssteigerung in ihrem Einkommen ausdrückt.**

Allerdings ist auch klar, dass die EMB- Lohnkoordinierungsregel sich auf das Mindestmaß der Lohnerhöhungen bezieht und nicht auf die obere Grenze.

Über diese Anpassung der Referenzwerte und Kriterien hinaus sollten folgende Aspekte in Betracht gezogen werden:

- Die EUCOBAN-Bewertung sollte durch Angaben zur Verteilungswirklichkeit ergänzt werden, um die Ergebnisse der Lohnpolitik hinsichtlich der Wohlstandsverteilung über einen längeren Zeitraum zu zeigen. Es sollten Daten zur Lohn- und Gewinnverteilung in den einzelnen europäischen Ländern veröffentlicht werden. Der allgemeine Trend seit Ausbruch der Krise ist eine weitere Abwertung des Lohnanteils in Produktivitätszuwächsen, da Unternehmen und Märkte nur danach streben, die Gewinnanteile wieder an frühere Niveaus heranzuführen. Lohndeflation steigt mithin durch die zusätzlichen Effekte der Preisinflation und Arbeitslosigkeit, die die rezessiven Tendenzen in Europa vertiefen.
- Bisher wurde die Beachtung der Lohnkoordinierungsregel rückblickend analysiert. Auch die EU-Kommission spricht alle 6 Monate mit dem Instrument des europäischen

Semesters lohnpolitische Empfehlungen aus. Tarifautonomie darf nicht durch Leitlinien der EU-Kommission ersetzt werden. Aus diesem Grund sollte industriAll European Trade Union als Orientierungshilfe für Tarifverhandlungen Prognosen zur Produktivitäts- und Inflationsentwicklung für das kommende Jahr für jedes einzelne EU-Land veröffentlichen.

- Ein wichtiger Faktor besteht darin, dass eine negative Lohndrift eine dämpfende Wirkung auf tariflich vereinbarte Lohnerhöhungen hat. Ein wichtiges Element der negativen Lohndrift ist die steigende Zahl prekärer Arbeitsplätze in Europa sowie die abnehmende Tarifbindung und, insbesondere wenn nicht korrekt angewandt, die Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen. Die Koordinierung der Lohnverhandlungen muss zusammen mit der Gemeinsamen Forderung von industriAll European Trade Union, den Niedriglohnsektor in Europa zu reduzieren und für gleiche Bezahlung bzw. gleiche Behandlung für gleiche Arbeit zu kämpfen, gesehen werden. Niedrige Einkommen sollten der Fokus von Tarifverhandlungen und/oder rechtlicher Bestimmungen sein – z. B. durch Mindestlöhne – im Einklang mit den Gepflogenheiten und/oder den Bestimmungen der einzelnen Länder.
- Die EUCOBAN-Bewertung sollte verbessert werden. Die Gründe für die Nichteinhaltung der Lohnkoordinierungsregel müssen analysiert und gemeinsame Strategien entwickelt werden, um dem entgegenzuwirken.

Noch immer auf der Tagesordnung steht das Ziel der Koordinierungsregel, für die kontinuierliche und schrittweise Anhebung und Angleichung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen in der europäischen Metallwirtschaft auf das Niveau der fortgeschrittenen Länder einzutreten. Eine gleichgewichtige Entwicklung aller Regionen ist von besonderer Bedeutung.

Folglich ist das Ziel ein soziales Europa. Tatsächlich hat eine solche Integration in der Europäischen Union noch nicht stattgefunden. Der angeborene Fehler der EU besteht darin, dass nur auf die Integration des gemeinsamen Marktes fokussiert wurde.